

Lohnungleichheit Frauen arbeiten bis Samstag gratis

BERN Die Frauen in der Schweiz werden 2020 im Vergleich zu den Männern bis Samstag, 22. Februar, gratis gearbeitet haben. Der sogenannte «Equal Pay Day» ist das Datum, das sich jeweils aus dem Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern ausrechnen lässt. Dieser Unterschied beträgt auf die Medianlöhne gesehen 14,6 Prozent, wie der Verband Business and Professional Women (BPW) am Donnerstag mitteilte. Damit arbeiten die Frauen gut ein Siebtel des Jahres ohne Lohn. Die Zahlen basieren auf Daten des Bundesamts für Statistik. Im Vorjahr mussten die Frauen ebenfalls bis am 22. Februar ohne Bezahlung arbeiten. Der Verband BPW macht darauf aufmerksam, dass diese Lohnungleichheit und andere Benachteiligungen im Erwerbsleben lebenslange Auswirkungen haben. Der Einfluss auf die Versorgung im Alter sei erheblich. Nicht ohne Grund seien Frauen im Alter weitaus öfter arm als Männer. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist seit 1981 in der Bundesverfassung verankert. Seit 1996 setzt das Gleichstellungsgesetz den Verfassungsauftrag im Arbeitsleben um, es sollte also Lohnungleichheit herrschen. Nachvollziehbare Gründe für geringere Frauenlöhne gibt es nicht. (sda)

Schweizer Industrie Im vierten Quartal erneut gewachsen

NEUENBURG Die Schweizer Industrie hat ihren seit 2017 ungebrochenen Wachstumstrend auch im vierten Quartal 2019 weiter fortgesetzt. Gegenüber dem Vorquartal schwächte sich das Tempo allerdings merklich ab. Zwischen Oktober und Dezember wuchs die Produktion im gesamten sekundären Sektor, der sich aus Industrie und Bau zusammensetzt, im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1,3 Prozent. Der Umsatz legte um 0,3 Prozent zu, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag mitteilte. (awp/sda)

Die Landwirtschaft muss dringend vielfältiger werden

Hintergrund Die Landwirtschaft ist effizienter geworden, die Vielfalt ihrer Produkte dramatisch geschrumpft. Um die globale Nahrungsversorgung sicherzustellen, müsse die Sortenvielfalt dringend wieder hergestellt werden, mahnt die Akademie der Naturwissenschaften.

Standardisierung und Optimierung macht Massenproduktion einfacher, leistungsfähiger und kostengünstiger. Das gilt auch für die Landwirtschaft. Dadurch ist allerdings die Vielfalt in Ställen und Gewächshäusern, auf Feldern und Weiden geschrumpft. Gerade mal drei Pflanzenarten - Reis, Mais und Weizen - liefern die Hälfte der pflanzlichen Kalorien. Schwein, Geflügel, Rind und Büffel machen 93 Prozent des Fleisches auf unseren Tellern aus. Die Milchkühe in Europa und Nordamerika gehören zu 60 bis 90 Prozent nur einer Nutztier rasse an, dem Holstein-Rind.

Was heute im Supermarkt erhältlich ist, stellt nur einen Bruchteil dessen dar, was die Natur zu bieten hätte und gegessen werden könnte - und teilweise einst auch gegessen wurde, heisst es in einem neuen Faktenblatt der Akademie der Naturwissenschaften (SCNAT). Zwischen 1904 und 2000 reduzierte sich beispielsweise die Vielfalt an Apfel-, Kohl-, Feldmais-, Erbsen- und Tomatensorten in den USA um 80 bis 90 Prozent, wie die SCNAT am Donnerstag in einer Mitteilung festhielt. Einstmals wurden rund 7000 Pflanzenarten angebaut, heute tragen nur noch etwa 80 Sorten wesentlich zur globalen Nahrungsversorgung bei.

Riskante Gleichförmigkeit

Die Politik ist daran nicht unschuldig, da sie in vielen Ländern darauf abzielt, die Leistung, wirtschaftli-



(Foto: Keystone/AP/Charlie Riedel)

che Wettbewerbsfähigkeit und Standardisierung der Landwirtschaft zu erhöhen. Dieses Paradigma der Gleichförmigkeit erweist sich vor dem Hintergrund des Klimawandels jedoch als kurzfristig und riskant: Einbussen durch Klimaextreme wie Trockenheit, aber auch durch Schädlinge und Krankheiten, die sich durch die Monokulturen fressen, sind die Folge. Verschiedene Sorten und Rassen mit unterschiedlichen Eigenschaften könnten solche Risiken verringern.

Der trockene Sommer 2018 mit seinen Ernteeinbussen hat eindrücklich gezeigt, dass die Nahrungsmittelproduktion widerstandsfähiger werden

muss. Die Sortenvielfalt in der Landwirtschaft wieder herzustellen, sei dafür von entscheidender Bedeutung, schreibt die SCNAT. Insbesondere Kleinbauern und Familienbetriebe spielen dabei eine wichtige Rolle als Hüter der Agrobiodiversität und Wegbereiter von nachhaltigeren Ernährungssystemen.

Kleinere Betriebe als Vorreiter

Die Politik müsse Bedingungen schaffen, unter denen sich Agrobiodiversität und die Betriebe, die sie fördern, entwickeln können, heisst es weiter. Das Paradigma der Gleichförmigkeit müsse einem Paradigma der Vielfalt weichen. Als weitere

Empfehlung nennen die Autorinnen und Autoren des Faktenblatts, ein globales, gemeinsames Saatgutssystem zu fördern, das auf freier Nutzung und Austausch beruht. Der Schweiz komme besondere Verantwortung zu, betonen die Expertinnen und Experten: Hierzulande haben viele Grossunternehmen ihren Sitz, die ihren Fokus im Bereich Nahrung, landwirtschaftlicher Handel, Agrochemikalien und Saatgut haben. Deren Geschäftsmodell zielt auf den Ausbau eines auf Monokulturen basierenden Ernährungssystems ab. Damit laufen ihre Geschäftsinteressen der Förderung der Agrobiodiversität zuwider. (sda)

Post-VR diskutierte recht offen über Gewinnverschiebungen

Skandal Ein von «Blick» veröffentlichtes Protokoll aus dem Jahr 2013 zeigt, dass der Post-Verwaltungsrat über Gewinnverschiebungen bei der Postauto AG diskutierte. Die Post liess eine Sprecherin ausrichten, dass die krummen Touren schon lange vorher, nämlich in den 1990er-Jahren, begonnen hatten.

«Es kommt die Frage auf, ob bei «Gewinnverbot» im öffentlichen Verkehr die Gewinne nicht einfach verschoben werden können. Hier untersucht PA (gemeint ist die Postauto AG) gemeinsam mit F (Finanzabteilung), wie dies möglich wäre, das sei jedoch nicht einfach umsetzbar», heisst es in einem Ausschnitt aus dem Verwaltungsratsprotokoll vom 26. Juni 2013, den der «Blick» am Donnerstag abdruckte. Für die Zeitung ist damit klar, dass der Post-Verwaltungsrat ab 2013 wusste, wie heikel die Buchungstricks sind und sich deshalb im Protokoll derart verklausuliert ausdrückte. Das Gremium stand damals unter der Leitung von Peter Hasler.

Keine externe Untersuchung

Post-Sprecherin Léa Wertheimer sagte auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA, das Verwaltungsratsprotokoll vom Juni 2013 sei seit Längerem bekannt. Bei der externen Untersuchung durch die Anwaltskanzlei Kellerhals Carrard sei es geprüft worden. Die Post könne sich zu ihrem Aufsichtsgremium nicht äussern, erklärte sie weiter. Das sei Sache des Eidgenössischen

Trotz Skandal: PostAuto will weiterhin in Liechtenstein fahren

Verkehr Die vom Subventionskandal gebeitete PostAuto Schweiz AG will sich mit ihrer Liechtensteiner Tochterfirma für den ab 2021 laufenden Auftrag der L1E-Mobilbewerber. Zuletzt wurde das Auslandsgeschäft von PostAuto scharf kritisiert.

ST. GALLEN Die PostAuto Schweiz AG will sich mit ihrer Liechtensteiner Tochterfirma für den ab 2021 laufenden Auftrag der L1E-Mobilbewerber. Zuletzt wurde das Auslandsgeschäft von PostAuto scharf kritisiert.



Daniel Landolf, ehemaliger CEO der PostAuto Schweiz, am 27. Juni 2019 in St. Gallen.

Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) seitens der Eigner. Der Bundesrat erklärte sich am Donnerstag bereit, nach Abschluss des beim Bundesamt für Polizei (Fedpol) laufenden Verwaltungsstrafverfahrens in einem Bericht eine Gesamtbilanz der Postauto-Affäre zu ziehen. Das schreibt er in seiner Antwort auf ein Postulat der ständerätlichen Geschäftsprüfungskommission. Im Bericht sollen unter anderem die finanziellen Folgen für den Bund und die Notwendigkeit von rechtlichen Anpassungen dargelegt werden. Auch soll eine vertiefte Prüfung der Finanzflüsse zwischen Postauto und Carpostal France erfolgen. Zudem schreibt der Bundesrat zu weiteren

hängigen Vorstössen, dass er mit der geplanten Botschaft zur Reform des regionalen Personenverkehrs weitere Verbesserungsvorschläge prüfen werde - darunter ein allgemeines gesetzliches Verbot, im subventionierten Bereich Gewinne zu erwirtschaften. Auch eine Verschärfung der Aufsicht werde zu diskutieren sein. Eine externe Untersuchung über die Aufsichtstätigkeit des Bundes zwischen 2007 und 2015 lehnt der Bundesrat dagegen ab. Eine solche würde seiner Ansicht nach keine neuen Erkenntnisse zutage fördern. Die Untersuchung von Kellerhals Carrard geht aus Gründen der Verjährung nur bis ins Jahr 2007 zurück. Die externen Experten hatten jedoch angegeben, dass die Buchungsmä-

Die «Volksblatt» berichtete mehrmals über den Postauto-Skandal. Etwa in der Ausgabe vom 1. Juni.

pulationen schon in den 1990er-Jahren begonnen haben könnten. Das geht aus einem Mitte November 2019 veröffentlichten Bericht der Geschäftsprüfungskommission hervor. Eine interne Untersuchung der Post konnte unrechtmässige Buchungen nur bis 2004 zurückverfolgen. Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) führt wegen der Bilanzmauscheln gegen sechs Ex-Kader der Post Verwaltungsstrafverfahren. Es sind: Der ehemalige Postauto-Chef Daniel Landolf und sein Finanzchef, der frühere Post-Finanzchef Pascal Koradi, der Postauto-Teilmarktleiter West und spätere Präsident von Carpostal France André Burri sowie zwei weitere Postauto-Marktleiter. Sie stehen im Verdacht, in den Subventionsbetrug verwickelt zu sein. Postauto darf gemäss Subventionsgesetz im subventionierten Bereich des Personenverkehrs keine Gewinne erzielen. Die Beschuldigten riskieren Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren und Bussen von bis zu 30 000 Franken. Für sie gilt die Unschuldvermutung. Ein zivilrechtliches Vorgehen gegen Landolf oder Koradi will die Post prüfen, wie

Wertheimer weiter mitteilte. Das laufende strafrechtliche Verfahren des Fedpol geht aber vor, sodass die Post ihre eigenen Abklärungen nicht weitertreiben kann und auf die Resultate des Fedpol wartet.

Auch in Liechtenstein getrickt

Die Postauto AG hatte gemäss den Untersuchungen mindestens ab 2007 und bis 2015 durch gesetzwidrige Umbuchungen systematisch Gewinne im Regionalen Personenverkehr verschleiert und so Subventionen erschlichen. Mit dem Steuergeld der Eidgenossen wurde unter anderem das Auslandsgeschäft von PostAuto in Frankreich und Liechtenstein finanziert. Der im Juni 2018 veröffentlichte Untersuchungsbericht ergab letztlich, dass PostAuto in Liechtenstein ohne diese Tricksereien in den vergangenen Jahren kein positives Finanzergebnis erzielt hätte. Im Dezember 2018 und im Januar 2019 zahlte die Post den gesamten Betrag von 205,3 Millionen Franken an Bund, Kantone und Gemeinden zurück. Zu 188,1 Millionen war sie verpflichtet worden, den Rest zahlte sie freiwillig. (red/sda)